

**Zeitschrift:** Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung  
**Herausgeber:** Schweizerische Friedensgesellschaft  
**Band:** - (1917)  
**Heft:** 5

**Rubrik:** Pazifistische Rundschau

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Die Demokratie heisst die Kraft des Volkes. Der Sinn des Wortes ist heute in die Ferne gerückt. Sein Ansehen steht in unserer kriegsdurchobten Zeit, wo ein Feldherrnwink Tausende dem Tode entgegenführt, recht niedrig. Viele sagen, im Kriege tauge die Demokratie nichts und sprechen gerade dadurch das grösste Lob aus; *sie ist dasjenige Staatsprinzip, das am wenigsten befähigt ist, das grösste Uebel, den Krieg, zu wollen.* Ist dies ein Fehler?

Die Monarchie ist dagegen die Staatsform, die auf den Krieg organisiert ist. Der Monarch ist oberster Heeresführer, und in unsren früheren importierten Geschichtsbüchern wurden jene Monarchen am meisten hervorgehoben, die am meisten Kriege führten. Der Krieg führt naturgemäss zu einer Konzentration von Macht und Kapital und wird deshalb stets von solchen erstrebzt, die dadurch Vorteile erhaschen können. Schon auf der ersten Seite der Schweizergeschichte wird erzählt, wie Orgetorix im Streben nach der Königswürde die Helvetier zum Kriege überredete. Zu spät kam der widerstrebenende demokratische Geist, der damals schon zwischen Jura und Alpen herrschte, zum Durchbruch.

In der Eidgenossenschaft selbst haben die demokratischen Elemente sich stets gegen die Eroberungspolitik ausgesprochen. Die sogenannte Länderpolitik schätzen wir oft beim Durchblättern unserer Geschichte gering ein; sie wehrte der Erwerbung von Hochburgund, Savoyen u. a. m. Hat sie wirklich so unrecht getan? War sie nicht prinzipiell richtig, war dieser politische Blick nicht frei von der Blendung durch Gold und Macht? Und wenn man uns beim künftigen Frieden Land und Leute schenken wollte, dürften wir es annehmen, ohne die Mehrheit dieser Leute für uns zu haben?

So sehen wir, die Demokratie kann nicht kriegerisch erobern. Sie kann nur die friedliche Weiterentwicklung, nur das friedliche Zusammenleben wollen. *Sie ist das Prinzip des Friedens, die Garantie des Friedens.* Avenarius hat es einmal als eine glückliche Vorsehung gepriesen, dass dem germanischen Geiste eine doppelte Entwicklung beschieden war, eine monarchische und eine demokratische. Leider spielt

die demokratische Richtung, die berufen sein sollte, Trägerin des Friedens zu sein, heute eine noch gar bescheidene Rolle. Allein, wenn ihre Bekenner in sich selbst geeint und innerlich überzeugt sind, kann sie dereinst der Sauerteig sein. Aus dem Funken soll ein Feuer werden!

Die Forderung von *heute aber ist*, diesen demokratischen Geist zu *erhalten*, ihn hinüberzutragen in die kommende Zeit. Wir müssen in uns die demokratischen Grundsätze klären und sie lebendig zu gestalten suchen durch Tat und nicht durch reklamehafte Worte. Heute gilt es, sie zu bewahren durch manhaftes Einstehen für unsren Freistaat und seine Prinzipien, denen wir so vieles verdanken. Vor kurzem fragte mich mein Knabe, der die Schule noch nicht besucht, als er das Bild des Rütlischwures betrachtete, was die Männer für uns getan hätten. Ich erklärte ihm darauf, wenn jene Männer nicht so gehandelt hätten, sein Vater vielleicht in einem Massengrab in den Karpathen oder den Vogesen liegen würde; dass er vielleicht auch zurückgekehrt wäre, verstümmelt, geblendet, oder irre Geistes. Da schaute er die Männer mit ganz andern Augen an, die ernst die Hände zum Schwur erhoben. Die in jenem Schwur niedergelegten Prinzipien, die so schlicht und einfach und doch so erhaben sind, aufrechtzuerhalten in der Zeit des Faustrechts des zwanzigsten Jahrhunderts, ist unsere *heilige Pflicht*.

Diese demokratischen Prinzipien dürfen und sollen wir den Völkern verkünden, vor allem durch die *Tat*. Die erste dieser Taten war die durch unsren Bundesrat unterstützte Note Wilsons, die auch in den nordischen Reichen, wo die Demokratie so viele Anhänger hat, Anklang und Gefolgschaft erhielt. Es war eine *Tat der Demokratie*, deren Folgen erst später sich zeigen werden. Die beste Friedensgesellschaft wäre eine demokratische Weltunion, zu der die Ansätze schon vorhanden sind.

St.

### Pazifistische Rundschau.

Der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg hat den der Republiken Kuba, Panama und nun auch

### Feuilleton:

#### Gespräch über das Völkerrecht.

(August 1916.)

Von Wilhelm Brügmann.

(Fortsetzung.)

#### 4. Eignet sich Deutschland zum Garanten des Völkerrechts?

„Jetzt zu den Deutschen!“ rief Tobler. „Mit ihnen habe ich leichteres Spiel.“

„Ohoh!“ Roth setzte sich in Positur.

Der Ankläger fuhr sogleich sein schwerstes Geschütz auf, die Invasion Belgiens. Sein Widersacher bestreit nicht, dass mit dieser Invasion ein Unrecht geschehen war. Der Reichskanzler hätte das ja auch bereits im Reichstage öffentlich zugegeben, freilich sich auch zugleich zur Entschuldigung auf die Notlage berufen in welcher sich Deutschland damals befand.

„Wir haben vorhin genügend über solche Berufungen der Staaten auf ihre Lebensinteressen geredet,“ entgegnete Tobler. „Ich glaube, wir hätten einerlei Ansicht darüber, und die Sache wäre erledigt. Wenn übrigens Deutschland nicht in der Lage war,

sich seiner Feinde ohne die Verletzung der belgischen Neutralität zu erwehren, warum machte es dann nicht lieber im letzten Jahrzehnt eine vorsichtige Politik? Warum bewies es nicht grössere Nachgiebigkeit, sei es Russland, sei es England gegenüber, um so diesem verhängnisvollen Notstande auszuweichen, der es zwang, fremde Rechte zu missachten? Man fordert gebieterisch die Rücksicht auf das eigene Recht bis zum letzten Pünktchen und findet sich dabei in keiner Weise beengt durch die Gewissheit, dass wichtige fremde Rechte darüber in die allergrösste Gefahr geraten.“

„Beruhige dich, Walter,“ sagte Roth, „ich habe gar nicht behauptet, dass die Berufung auf seine Notlage Deutschland von aller Schuld befreit. Ich denke nicht daran, wie ich nicht daran denke, die Reden gewisser feiner Köpfe zur Geltung zu bringen, welche etwa folgendes behaupten: Deutschland handelte durchaus nach dem Gesetze der Politik, welches die feinste Vergeistigung des allgemeinen Zeitgeistes ist und in ihm selbst seinen Grund und sein Gericht trägt. Es erfüllte damit eine heilige Pflicht gegen sich selbst und die Kulturwelt. Alle politischen Dummheiten sind Verbrechen, aber eine grosse und erhaltende Politik ist keine Ungerechtigkeit —“

„Genug!“ rief Tobler. „Aus solchen Reden dreht Satan den Strick, welcher der Welt Atem und Leben

China nach sich gezogen. Bolivia und Liberia haben die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen. Chile beantwortete die Note der amerikanischen Regierung mit der Erklärung der Neutralität und dass es die räsche Wiederherstellung des Friedens wünsche. Ein argentinischer Sozialistenkongress sprach sich mit 4210 gegen 3557 Stimmen für die vollständige Neutralität aus.

\*

An Stelle Amerikas hat Holland den Schutz der schweizerischen Staatsangehörigen in der Türkei übernommen. Anderseits wird die Schweiz die Interessen Rumäniens in Oesterreich-Ungarn vertreten.

\*

Eine sozialdemokratische Versammlung in Stockholm hatte beschlossen, auf den 15. Mai eine internationale Konferenz zur Erörterung der Friedensfrage nach Stockholm zu berufen. Diese Zusammenkunft ist inzwischen auf Juni verschoben worden. Die Teilnahme sozialistischer Vertreter der Zentralmächte sowie Russlands und Italiens scheint gesichert. Unwiss ist, ob die englischen Sozialdemokraten mitmachen und ob die französische Regierung die Angehörigen der Parteiminderheit, welche für Beischickung der Konferenz sind, über die Grenze lässt.

\*

In der österreichischen Presse wurde im Anschluss an die Erklärung der russischen Regierung vom 10. April offiziell festgestellt, dass die österreichisch-ungarische Regierung und die provisorische russische Regierung in gleicher Weise einen für beide Teile ehrenvollen Frieden anstreben. Da hiermit der ganzen Welt und insbesondere den Völkern Russlands klar vor Augen geführt erscheine, dass Russland nicht mehr gezwungen sei, für seine Verteidigung und die Freiheit seiner Völker zu kämpfen, könne es bei dieser Gleichheit der Ziele der Regierungen der Verbündeten und jener der provisorischen Regierung Russlands nicht schwer sein, den Weg der Verständigung zu finden; Oesterreich-Ungarn sowohl als seine Verbündeten hegten den Wunsch, künftig mit einem in seinen innern und äussern Lebensbedingungen ge-

sicherten und zufriedenen russischen Volke in Frieden und Freundschaft zu leben.

Nach Meldungen der englischen Presse hatten die Abgeordneten der russischen Arbeiter und Soldaten ein Komitee eingesetzt, um die vorläufige Regierung zu stürzen und alles zu tun, um den Frieden vorzubereiten und herbeizuführen. Eine besondere Kommission sei eingesetzt worden, um die Verhandlungen mit dem Feinde zu eröffnen.

Der Präsident der provisorischen Regierung bestritt dann aber in einer Note an die Ententemächte die Absicht, einen Sonderfrieden abzuschliessen. Russland werde die den Verbündeten gegenüber eingegangenen Verpflichtungen halten und den Krieg bis zum entscheidenden Sieg fortsetzen.

Diese Note bewirkte grosse Unzufriedenheit bei den Sozialdemokraten. Soldaten und Arbeiter demonstrierten in den Strassen Petersburgs gegen die Regierung. Grosse Streike fanden statt. Die Soldaten sollen scharfweise die Front verlassen haben. In Odessa beteiligten sich etwa 150,000 Menschen an einer Kundgebung für den Frieden. Der Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenrat forderte zum Zusammenschluss auf und gab der Zuversicht Ausdruck, dass die Völker aller kriegsführenden Nationen den Widerstand ihrer Regierungen brechen und sie dazu zwingen werden, Friedensverhandlungen auf der Grundlage der Verzichtleistung auf Annexionen und Kriegsentzündigung anzuknüpfen.

Die provisorische Regierung sah sich daraufhin zu der Erklärung genötigt, dass das freie Russland nicht auf die Beherrschung anderer Völker abziele, noch auf die Eroberung ihrer nationalen Güter, noch auf die Beschlagnahme fremder Länder, sondern auf die Befestigung eines Dauerfriedens auf der Grundlage der freien Entwicklung der Völker. Das russische Volk suche auch nicht seine Macht auf Kosten anderer Völker zu vergrössern oder die Erniedrigung und Knechtung von irgend jemand. Im Namen der höchsten Grundsätze der Gerechtigkeit zerbreche das russische Volk die Ketten, welche die polnische Nation fesselten, aber es werde nicht dulden, dass das eigene Vaterland aus dem Kampfe erniedrigt oder in seiner

abschnürt, mit ihr den Rednern selber auch. — Letzteres wäre kein Unglück.“

„Gewiss nicht. Doch jetzt — was meinst du zu der Behauptung, dass Deutschlands Unschuld durch die Tatsachen nachträglich bewiesen wurde, als es sich fand, dass Belgien gewisse Abmachungen mit England getroffen hatte?“

„Ich meine, dass der deutsche Kanzler vernünftig und männlich gehandelt hat, als er erklären liess, dass seine Regierung niemals dergleichen behauptete. Die Feinde haben seine offenen Zugeständnisse zynisch genannt. Zynisch war Bethmann Hollweg nie. Die Invasion war ihm von Anfang an zuwider. Er sah sich in eine Lage versetzt, die er hasste. Ein gangbarer Weg, auf dem er sich dem Drängen der militärischen Kreise hätte entziehen können, wollte sich nicht finden — die Kraft zu einem entschlossenen Nein brachte er nicht auf. Wer wäre hier auch stark genug gewesen? So gab er denn nach, zumal keiner in seinem Lager an einen nachhaltigen Widerstand Belgiens glauben wollte. Dass er das begangene Unrecht offen zugestand, das möchte ich allen Staatsmännern zur Nachahmung empfehlen. Denn es könnte nur Gutes wirken, wenn es Sitte bei ihnen würde, dem eigenen Volke das in seinem Namen und seinem Sinne begangene Unrecht deutlich als solches vor Augen zu führen und ihm so stets von neuem ei-

nen Seelenspiegel vorzuhalten. Wer erträge es auf die Dauer, die eigene Bosheit zu betrachten? Welches Volk hielte es noch bei sich selber aus? Wenn man nun dem Spiegel nicht entgehen kann, so wird man darnach streben müssen, von der Bosheit loszukommen. Das ist ja das Elend der Menschen wie der Staaten, dass sie sich über ihre Schmach hinwegtäuschen können. Mit Wissen und Willen handelt keiner böse.“

„Ich glaube, wir kommen zurecht,“ meinte Roth. „Sei jetzt so gut und sage mir noch folgendes: War Belgien berechtigt, mit England jene Abmachungen zu treffen?“

„Ein neutraler Staat ist berechtigt, zu seiner Verteidigung Verträge über spätere kriegerische Unterstützung abzuschliessen.“

„Und — blieben die Vereinbarungen innerhalb der erlaubten Grenzen?“

„Das ist eine Gewissensfrage, welche ich nicht entscheiden möchte.“

„Ich will meine Frage anders stellen. War Deutschland angesichts derselben berechtigt, Belgien zu misstrauen?“

„Vielleicht.“

„Warum antwortest du so zurückhaltend? Ich weiss doch, wie du über Verträge zwischen Staaten denkst. Deutschland konnte angesichts dieser Abkom-

Lebenskraft untergraben hervorgehe. Unter den Begriffen „Sanktionen und Garantien“ eines Dauerfriedens verstehe die provisorische Regierung das Abrüsten, die internationalen Gerichte usw.

\*

Im englischen Unterhause protestierte der liberale Abgeordnete *Molteno* gegen die Bombardierung Freiburgs im Breisgau, indem er darauf hinwies, dass bei dieser Gelegenheit zahlreiche Frauen und Kinder getötet und verwundet worden seien. Er knüpfte daran die Frage, ob das Ministerium ein derartiges Vorgehen mit den hohen Grundsätzen der Menschlichkeit in Einklang bringen könne.

\*

Wegen der wiederholten Grenzverletzungen durch Flieger ist der schweizerische Bundesrat in Berlin und Paris vorstellig geworden und hat die Einschränkung der Fliegertätigkeit an der Grenze verlangt. Die deutsche Heeresleitung hat wegen der Grenzverletzungen bei Basel, über dem Rhein und bei Dörlingen vom 18. April ihr Bedauern ausgesprochen und erklärt, dass es sich um Uebungsflüge unbewaffneter Apparate ohne kriegerische Absichten gehandelt habe. Gegen die fehlbaren Flieger sei ein Strafverfahren eingeleitet worden. Gleicherweise entschuldigte sich der französische Botschafter wegen des Bombenwurfs auf Pruntrut, sicherte nach Abschluss der Untersuchung Anordnung der erforderlichen Massregeln und volle Entschädigung zu.

\*

Auf die Bemühungen des Königs von Spanien hin hat die deutsche Regierung versprochen, 200 Geiseln, die seinerzeit in Lille, Douai, Roubaix und Tourcoing ausgehoben und ins Gefangenlager von Holzminden verbracht worden waren, freizugeben.

\*

Gegenwärtig erfolgt die Durchführung von über 200,000 Evakuierten aus Deutschland durch die Schweiz nach Frankreich, täglich zwei Züge mit je etwa 500 Evakuierten.

\*

men unmöglich Vertrauen zu Belgien haben — weil es unmöglich Vertrauen zu England haben konnte.“

„Aber was kümmert uns das hier? Deutschland kannte die Abmachungen nicht, als es in Belgien einmarschierte.“

„So ist es. — Und jetzt sind wir endlich an dem Punkte angelangt, auf welchen ich hinauswollte. Nach dem Gesagten können wir Deutschland in der besprochenen Angelegenheit jenem Manne in der Fabel vergleichen, der, von Sorgen getrieben, auszog, um in fremdem Gehege ein Wild zu erjagen. Ein Wächter trat ihm drohend entgegen, und da er nicht zurückkonnte, so schoss er den Wächter nieder. Als er dann erschrocken über seine Tat sich über den Schwerverwundeten beugte, erkannte er — das Antlitz eines Todfeindes.“

„Ich danke Ihnen!“ klang es vom jenseitigen Fenster herüber. Die drei Freunde sahen erstaunt nach dort. Der Schwarzbart hatte sich ihnen zugewandt und schien nun selbst betroffen über seinen Sprung in die Öffentlichkeit, der wahrscheinlich unwillkürlich geschehen war. Gleichzeitig hatte der Weisskopf die Lider geöffnet und sah nun aus klaren Augen prüfend auf sein Gegenüber. Ohne Zweifel, er wachte schon lange. Und auch der Herr mit dem Zwicker kam aus seinem Schlummer auf und machte grosse Augen.

Das internationale Rote Kreuz in Genf hat an die Regierungen der kriegsführenden Staaten einen Aufruf erlassen, worin es diese ersucht, schon jetzt mit dem Gefangenenaustausch zu beginnen, um so das Los dieser bedauernswerten Opfer des Krieges zu erleichtern.

\*

Einer Vereinbarung der beteiligten Regierungen zufolge sollen die als tuberkulös in der Schweiz Internierten, die heute geheilt sind, heimbefördert werden; die kriegsführenden Regierungen haben sich verpflichtet, sie nicht mehr zu Kriegszwecken zu verwenden. Ferner verhandeln die Regierungen über einen weiteren Gefangenenaustausch. Mit Rücksicht auf die ökonomischen Verhältnisse der Schweiz soll die Zahl der Internierten auf höchstens 30,000 reduziert werden.

\*

Am 17. Mai trat in Rom eine Wirtschaftskonferenz der Alliierten zusammen für die Behandlung der Fragen betreffend internationale Regelung des Seetransportwesens, Errichtung eines Wirtschaftsverbandes auf Grund internationaler Abmachungen und eines interalliierten Kartells der Handelsmarinen, Massregeln für Verhinderung falscher Nationalitätsbezeichnung bei Waren, Änderung der internationalen Zollnomenklatur, Internationalisierung der Gesetze über die Entschädigung für Kriegsschäden.

\*

Ein italienischer Minister soll sich dahin geäussert haben, dass die Lage für Italien unhaltbar werde; auch im Ministerium gebe es Stimmen, die einen unglücklichen Ausgang des Krieges voraussehen. Italien habe durch den Krieg nichts mehr zu gewinnen, durch die Fortsetzung dagegen noch viel zu verlieren. Das Volk habe noch eine gewisse Geduld, aber diese könne eines Tages zu Ende gehen. Die Stimmung in Italien, besonders in Geschäftskreisen, sei äusserst gedrückt und die Kriegsmüdigkeit allgemein.

\*

„Sie sind ein Deutscher?“ fragte jetzt der Alte den Störenfried freundlich.

„Ja.“

„Dann werden Sie den Einmarsch in Belgien billigen,“ meinte Tobler.

„So sehr, dass ich mir den Tod wünschte, als mich die Nachricht davon erreichte.“

„Sie lebten aber doch weiter.“

Der Deutsche warf einen scharfen Blick auf Tobler, dann erwiederte er langsam: „Sich den Tod wünschen und sich den Tod geben, ist nicht dasselbe. Dass ich mir den Tod wünschte, war übrigens gleichfalls eine Torheit.“

„Sie haben Ihre Ansicht über die Invasion geändert?“

„Nein.“

„Ein Unrecht ist ja geschehen,“ bemerkte Roth gutmütig, „aber Sie dürfen sich trösten. Die andern sind auch nicht besser.“

„Was gehen mich die andern an.“

Hugentobler rieb sich vergnügt die Hände. „Eine ganz neue Art von Chauvinismus!“ sagte er schmunzelnd. „Sie steht auf dem Kopfe.“

Der Deutsche entgegnete nichts weiter. Er sah schon wieder andauernd zum Fenster hinaus, aber die drei Freunde verspürten jetzt keine Neigung, ihr Gespräch wieder aufzunehmen. Auf der nächsten

Aus der Botschaft Wilsons an den amerikanischen Kongress vom 2. April seien folgende Stellen hier festgehalten:

„Seien wir uns klar über das Ziel, das wir verfolgen. Ich denke, wie ich es dachte, als ich am 22. Januar an den Senat und am 3. und 25. Februar an den Kongress mich wandte, dass unser Ziel darin besteht, die Grundsätze des Friedens und der Gerechtigkeit im Leben der Welt gegen die egoistische und autokratische Macht zu verteidigen. Es ist keine Neutralität mehr möglich, wenn der Friede der Welt auf dem Spiele steht, wenn die Bedrohung dieses Friedens von einer autokratischen Regierung herrührt, die durch ihren Eigenwillen und nicht durch den ihres Volkes geleitet ist. Wir haben keine Differenzen mit dem deutschen Volke, das nicht der Urheber des Krieges ist.“

Und:

„Die Sicherheit der Demokratie in der Welt muss gesichert werden. Der Friede muss auf die feste Grundlage politischer Freiheit gegründet werden. Wir verfolgen keinen eigennützigen Plan. Wir wünschen keine Eroberung und keine Entschädigung für uns selbst, wir wünschen keine materielle Kompensation, wir werden zufrieden sein, wenn die Rechte der Menschheit gesichert werden. Wir sind aufrichtige Freunde des deutschen Volkes. Wir wünschen eine rasche Wiederherstellung unserer freundschaftlichen Beziehungen mit ihm.“

Dass das keine Phrasen sind und bleiben werden, dafür bürgt die Persönlichkeit des Präsidenten Wilson.

\*

Havas meldet: Bei der Abstimmung im amerikanischen Repräsentantenhaus über die Kriegsresolution blieb das einzige *weibliche* Mitglied der Kammer, Miss Rankin, auf die erste Aufforderung hin mit geneigtem Kopfe sitzen. Auf die zweite Aufforderung erhob sie sich und erklärte: „Ich will für mein Land eintreten, aber ich kann nicht für den Krieg stimmen.“

K. W. Sch.

— 0 —

Station ergriff jener sein Reisetäschchen, grüsste stumm, aber höflich und stieg aus. Der Alte sah ihm nach. „Dacht' ich's doch!“ sagte er dann plötzlich, während er sich zu seinen Mitreisenden wandte. „Er ist weiterhin wieder eingestiegen.“

„Er begriff, dass er störte.“

„Er störte wirklich!“

„Nie hätte ich den für einen Deutschen gehalten.“

„Ich nahm ihn für einen Slaven.“

„Einen Italiener eher.“

„Uebrigens ein wunderliches Muster von einem Patrioten.“

„Sagen wir ein besonderes.“

„Bei den Romanen undenkbar!“

„Sie nannten vorhin Belgien einen Todfeind Deutschlands,“ sagte der Weisskopf zu Roth, vielleicht nur in dem Wunsche, das unterbrochene Gespräch wieder in Fluss zu bringen. „Der Ausdruck scheint mir zu stark.“

„Ohne Zweifel ist er zu stark,“ fügte Tobler hinzu.

„Ich habe das auch nicht geradezu gesagt,“ entgegnete Roth. „Wenn aber Belgien bereit war, den Ententemächten im Falle einer kriegerischen Entwicklung entgegenzukommen, so liesse sich der Ausdruck recht wohl verteidigen.“

„Im Kriege geht es freilich stets ums Leben,“ meinte der Alte nachgiebig.

## Kriegs- und Friedens-Aphorismen.

Von Dr. O. Schnyder, Lugano.

Im Lichte theoretischer Betrachtung erscheint der Krieg als diejenige Verbindung von Individuen und Gesellschaftsformen, die alle Aeusserungen nicht nur des Individuums, sondern auch der Gesellschaft widerspiegelt unter Betonung der Gesellschaftsformen des Staates, der Staatengemeinschaft und der Trennschaft mit den Schattierungen der Feindschaft, des Kampfes und des Güterstreites.

\*

Der Krieg ist Konkurrenzkampf im grossen.

\*

Der Krieg ist die Kraftprobe der Einzelnen und der Völker auf ihre Energie.

\*

Die Grundsätze der wahren Ethik sind Lebenbejahung und Lebensidealgestaltung, Lebensbejahung als Betonung alles dessen, was ist, Lebensidealgestaltung als Emporhebung alles Wirklichen zur Idee, dieser allumfassenden Form des menschlichen Vorstellens. Das Ergebnis der Anwendung der ethischen Prinzipien auf Dinge der Erfahrung sind die Ideale dieser Dinge.

Das Ideal des Kriegs bedeutet dessen Aufhebung; denn die Idee als umfassendes Prinzip, das alle Formen, speziell diejenigen der Einheit und Harmonie, enthält, kann den im Kriege zutage tretenden Zwiespalt von Staaten nicht dulden.

\*

Das Ideal des Krieges fordert den Frieden.

\*

Das Ideal des Krieges betont alle jene Anstalten, die den Frieden sichern und herbeiführen, alle Anstalten, die dem Ausgleich der bewaffneten Mächte dienen; es stellt den Frieden dem Krieg als ein Sein-müssendes, Notwendiges dar.

\*

„Ich sehe schon, wir kommen nicht um die Frage herum, ob Belgien sein Schicksal selbst verschuldet hat,“ sagte Tobler. „Ich will versuchen, sie wenigstens zu beleuchten. Es mag schon sein, dass ein Teil der Schuld das Land selbst oder seine Regierung trifft, jedoch — dieser Teil wäre winzig klein, das ist meine Ueberzeugung. Die Schuldigen sind vielmehr die drei mächtigen Reiche, in deren Mitte Belgien liegt. Es hat durch Jahrzehnte zwischen diesen Nachbarn ein Leben in Zagen und Bangen geführt, denn es wusste wohl, dass es seine Existenz nur ihrer wechselseitigen Eifersucht verdankte. Die war Belgiens ganzer Schutz. Es misstrauten allen etwa gleich viel. Frankreich hatte schon oft Blicke heissen Verlangens zu ihm hinübergeworfen, Englands Grundsätze waren auch nicht darnach angetan, beruhigend zu wirken, und das Deutsche Reich? Seine Jugend hatte zwar noch keine schweren Verfehlungen auf sich geladen, aber es war mächtig, und also musste man auch ihm misstrauen. Solange Friede in Europa war, konnte Belgien noch mit einiger Zuversicht dem nächsten Tage entgegenleben, doch musste es der Gedanke an den Augenblick, in welchem einmal der unvermeidliche Krieg zwischen den drei Gewaltigen entbrennen würde, mit Bitterkeit und steigender Angst erfüllen. Würde der Neutralitätsvertrag genügen, um es zu schützen? Es hoffte nicht eben viel von ihm, dennoch